

Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika

Eduardo Gudynas

Während Europa und ein großer Teil der Welt sich in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise befinden, erlebt Südamerika eine Zeit des Wohlstands, mit hohen Wachstumsraten, Verringerung der Armut und niedriger Arbeitslosigkeit. Und während sich weltweit viele linke Parteien auf dem Rückzug befinden, werden die Staaten Südamerikas zudem mehrheitlich von sogenannten progressiven Regierungen, oder der „Neuen Linken“, regiert.

Trotz dieser Umstände und all der in Südamerika vollzogenen Veränderungen ist es bemerkenswert, dass ein Entwicklungsmodell aufrecht erhalten wird, das nach wie vor auf Rohstoffabhängigkeit setzt. Tatsächlich werden die traditionellen Aktivitäten in Bergbau und Erdölförderung nicht nur fortgesetzt, sondern in vielen Ländern sogar noch ausgeweitet. Gleichzeitig wird eine immer intensivere Landwirtschaft betrieben. All diese Tätigkeiten, die sich dem sogenannten Extraktivismus zuordnen lassen, sind auf den Export ausgerichtet, und Südamerika verdankt sein anhaltendes Wirtschaftswachstum der Rolle als Rohstofflieferant für die globalen Märkte, insbesondere für Asien.

Dieses Phänomen vollzieht sich unter progressiven Regierungen. Zweifellos unterscheiden sich deren Strategien von denen vorheriger konservativer oder Mitte-Rechts-Regierungen, daher kann von einem neuen, „progressiven Extraktivismus“ gesprochen werden. Dabei übernimmt der Staat eine aktivere Rolle, die Unterordnung unter den Weltmarkt wird allerdings beibehalten. Es werden Mittel für Programme zur Armutsbekämpfung erwirtschaftet, die sozialen und ökologischen Folgen bleiben jedoch bestehen. Es handelt sich also um ein heterodoxes Entwicklungsmodell, das voller Spannungen und Wider-

sprüche ist, obwohl diese anders geartet sind als die der Vergangenheit. In dem vorliegenden Beitrag sollen einige zentrale Punkte dieser Situation zusammengefasst werden.

Der neue politische Kontext Südamerikas

Bis vor nicht allzu langer Zeit stellte die traditionelle Linke die konventionellen Entwicklungsmodelle generell in Frage, und mit ihnen auch den Extraktivismus. Kritikpunkte waren die Exportabhängigkeit, die Rolle der Enklavenökonomien, die Arbeitsbedingungen, die enorme Macht ausländischer Unternehmen, die sehr geringe staatliche Präsenz oder die schwache Besteuerung. Die Kritik richtete sich auf die typischen extraktiven Bereiche, wie Bergbau und Erdölförderung. Es wurde gefordert, die neoliberalen Reformen wieder rückgängig zu machen und mit der Abhängigkeit zu brechen. So wurde von unterschiedlichen Kreisen angenommen, dass die Neue Linke nach Eroberung der Regierungsmacht substantielle Veränderungen in den extraktivistischen Bereichen anstoßen würde.

Die Neue Linke, oder die progressiven Regierungen, kamen mit dem Versprechen an die Macht, die Entwicklungsmodelle zu verändern. Zu dieser breiten und vielfältigen Gemeinschaft gehören die Regierungen von Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien, Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador, Luiz Inácio Lula da Silva und seine Nachfolgerin Dilma Rousseff in Brasilien, Tabaré Vázquez und José Mujica in Uruguay sowie Hugo Chávez in Venezuela. Diesem Zusammenhang lassen sich, wenn auch unter Vorbehalt, ebenso Fernando Lugo in Paraguay und Ollanta Humala in Peru sowie für die Vergangenheit auch Michelle Bachelet in Chile zuordnen. Es ist völlig klar, dass es sich um sehr unterschiedliche Regierungen handelt – dennoch sagen alle, Teil derselben Strömung zu sein, und verteidigen auf ihre je eigene Weise die Rückkehr des Staates und den Kampf gegen die Armut.

Der heutige Extraktivismus

Trotz dieses gewaltigen politischen Linksrucks werden in allen Ländern extraktivistische Praktiken aufrecht erhalten. Die extraktivistischen Bereiche behalten nicht nur ihre Bedeutung, sie verwandeln sich in eine der wichtigsten Säule aktueller Entwicklungsstrategien.

Von dem Venezuela Hugo Chávez‘ bis hin zu dem moderaten Lula da Silva in Brasilien setzt man weiterhin auf Bergbau und Erdöl. Der Anteil von Primärgütern an den Gesamtexporten beträgt über 90 Prozent in Venezuela, Ecuador und Bolivien; er übersteigt die 80-Prozent-Marke in Chile und Peru; in Brasilien unter Lula stieg er bis auf 60 Prozent (laut Angaben der CEPAL). Den größten Teil davon machen Bergbauprodukte, Kohlenwasserstoffe und exportorientierte Monokulturen aus.

Man könnte argumentieren, es handle sich um eine von den vorherigen Regierungen übernommene „Gewohnheit“, und ein Abweichen von diesem Weg sei naiv oder unvernünftig. Eine solche Position spricht jedoch gegen die Fakten, haben doch die progressiven Regierungen dieses Modell nicht nur beibehalten, sondern sie versuchen, es noch intensiver zu betreiben und auf weitere Bereiche auszudehnen.

Tatsächlich nimmt der exportorientierte Extraktivismus in allen genannten Ländern zu. Zum Beispiel kletterten die Exporte von Bergbauprodukten aus den Staaten des erweiterten MERCOSUR-Raums (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay) von 20 Milliarden US-Dollar 2004 auf den Spitzenwert von über 58 Milliarden im Jahr 2008, bevor sie auf über 42 Milliarden im Jahr 2009 absanken (CEPAL-Angaben). Ein Beispiel, das die Intensivierung dieses Modells gut illustriert, ist Argentinien: Von 2003 bis 2006, unter der Präsidentschaft von Néstor Kirchner, stieg die Gesamtzahl der Bergbauprojekte um über 800 Prozent, die Gesamtinvestitionen stiegen um 490 Prozent, wobei die Investitionsvorteile und die bescheidenen Förderabgaben von drei Prozent beibehalten wurden (Gutman 2007). Unter der Regierung seiner Frau, Cristina Fernández de Kirchner, setzt sich dieser Trend fort, was besonders deutlich wird durch die Zustimmung zu dem mit Chile geteilten Bergbaugroßprojekt Pascua-Lama, das zur zweitgrößten Goldmine des Kontinents werden soll.

Unter Lula da Silva entwickelte sich Brasilien zur Bergbau-Nation: Es wird davon ausgegangen, dass das Land bis zum Jahr 2013 durch die Inbetriebnahme neuer Abbau- und Verarbeitungsbetriebe doppelt so viel Aluminium und dreimal so viel Kupfer produziert als bisher (USGS 2008). Zu Beginn der Regierung der Arbeiterpartei PT und ihrer Verbündeten im Jahr 2003 betrug die Kupferproduktion 264 Millionen Tonnen, bis 2008 stieg sie auf 370 Millionen Tonnen (IBRAM 2009); die Bergbau-Exporte kletterten von etwas über

sechs Milliarden US-Dollar 2003 auf mehr als 24 Milliarden US-Dollar 2009 (CEPAL-Daten). Derzeit sind die Bergbauexporte Brasiliens höher als in allen Andenländern zusammen.

Diese Expansion trifft auch auf andere Länder zu. Beispielsweise wurde in dem Erdölland Ecuador unter der Regierung Correa ein Programm zur Förderung von Bergbaugroßprojekten gestartet. Der Fall Uruguay ist noch dramatischer: Dort spielte Bergbau eine marginale Rolle, doch nun treibt die Regierung Mujica intensiv den Abbau von Eisenerz in Tagebauen voran.

Es muss auch erwähnt werden, dass insbesondere in Argentinien, Brasilien und Uruguay eine grundlegende Umstellung der Landwirtschaft auf Monokulturen für den Export durchgeführt wurde. Dabei handelt es sich um agrarischen Extraktivismus. Dieser lässt sich vor allem bei dem Anbau von Soja beobachten, welcher auf genetisch verändertem Saatgut, hohem Maschineneinsatz, chemischen Herbiziden, geringer oder gar keiner Verarbeitung und dem Export als Rohstoff beruht. Dasselbe gilt für forstwirtschaftliche Monokulturen, die große Flächen in Anspruch nehmen und der Zellulose-Produktion dienen.

Ein Extraktivismus neuer Art

Trotz des Festhaltens am extraktivistischen Modell darf man nicht annehmen, es sei heute identisch mit dem der konservativen Regierungen in der Vergangenheit, da wichtige Veränderungen bei der Besteuerung, Förderabgaben etc. stattgefunden haben.

Bei dem konventionellen Extraktivismus, insbesondere während der 1980er und 1990er Jahre, spielte der Staat eine eingeschränkte Rolle, während dem Markt die Betreibung der Projekte überlassen wurde, mit der Folge einer starken Transnationalisierung. Im Neo-Extraktivismus hingegen ist der Staat sehr viel aktiver; es gibt klarere Regeln (unabhängig davon, ob diese nun gut sind oder nicht), und es geht nicht notwendigerweise darum, politischen „Freunden“ zu Diensten zu sein. In einigen Fällen verhandelten die neuen Regierungen bestehende Verträge neu, erhöhten Förderabgaben und Steuern und stärkten die Position ihrer staatlichen Unternehmen.

Ein Beispiel für diese deutlichen Veränderungen ist Bolivien, wo die Regierung Evo Morales 2006 die Neuverhandlung der Verträge mit den Erdölkonzernen durchsetzte, Förderabgaben und Steuern erhöhte sowie versuchte,

das staatliche Erdölunternehmen YPF zu stärken. In Venezuela geschah dasselbe: Die Regierung Chávez setzte die Mehrheitsbeteiligung des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA für Projekte mit Privatunternehmen durch, ebenso die verstärkte Zusammenarbeit mit Staatsunternehmen anderer Länder. So wurden, um beim Beispiel Erdöl zu bleiben, in verschiedenen Ländern die Konzessionen neu ausgehandelt, bis hin zu den sogenannten Serviceverträgen, bei denen der Staat die Kontrolle über die Lagerstätten hat und die privaten Unternehmen für Förderung und Vertrieb verantwortlich sind. Dies bedeutet eine aktivere Rolle des Staates, mit direkten und indirekten Eingriffen in die Förderung.

Internationale Integration, Welthandel und Kapitalflüsse

Während der alte Extraktivismus auf Exporte oder den Weltmarkt abzielte, berufen sich die progressiven Regierungen auf Globalisierung und Konkurrenzfähigkeit. Indem sie die globale Krise des Kapitalismus akzeptieren, lassen sich die linken Regierungen auch auf dessen Regeln für Handel, Kapitalflüsse, die Ausweitung des Warenbegriffs und der Eigentumsrechte ein. All dies mündet in die Verteidigung internationaler Institutionen, wie der Welthandelsorganisation (WTO).

Dadurch wird eine untergeordnete Rolle auf den globalen Märkte akzeptiert, wobei die südamerikanischen Staaten zu Mengenanpassern werden, stark von internationalen Zwischenhändlern und Brokern sowie Kapitalflüssen abhängig sind und ihre nationalen Entscheidungen sich auf Gelegenheiten für Geschäfte beschränken. So entsteht unter den südamerikanischen Staaten eine blinde Konkurrenz um ausländische Investor_innen.

Die progressiven Regierungen kümmern sich nicht um die Erfahrungen der Vergangenheit. Einer der größten Fälle von Amnesie betrifft die Bemühungen der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD um eine Regulierung des Welthandels und der Preise für Rohstoffe (sowohl fossiler als auch landwirtschaftlicher Herkunft).

Ebenso wird die Liberalisierung von Kapitalflüssen unterstützt. Alle Länder versuchen, ausländische Investitionen zu akquirieren, und sichern den Unternehmen zu, ihre Gewinne abziehen zu können. So stiegen beispielsweise die von ausländischen Unternehmen ins Ausland transferierten Gewinne von gut 4,4 Milliarden US-Dollar in Chile zu Beginn der Ära Ricardo Lagos' auf über

13 Milliarden zu Ende seiner Amtszeit, um während der Regierungszeit Michelle Bachelets auf 25 Milliarden US-Dollar anzuwachsen.

Diese und andere Punkte zeigen, dass der Neo-Extraktivismus der Globalisierung der Waren- und Finanzmärkte dient und die untergeordnete Rolle Südamerikas in der Welt aufrecht erhält.

Deterritorialisierung und territoriale Fragmentierung

Das Vorschreiten der Ressourcenausbeutung in Bergbau, Erdölförderung und exportorientierten Monokulturen hat tiefgreifende territoriale Auswirkungen. In vielen Fällen kündigen sich diese in der Ankunft von Arbeiter_innen und Techniker_innen mit ihren Ausrüstungsgegenständen in abgelegenen Gebieten an, wo erneut Enklavenökonomien geschaffen werden. Dies vollzieht sich innerhalb eines Prozesses der „Deterritorialisierung“, der dadurch gleichzeitig verstärkt wird. Dabei gelingt es dem Staat nicht, in seinem gesamten Gebiet angemessen und einheitlich Präsenz zu zeigen, etwa bei der Gewährleistung der Bürgerrechte oder öffentlicher Dienstleistungen, während er gleichzeitig aktiv die extraktiven Enklaven fördert und verteidigt.

Solche Enklaven führen zu den verschiedenartigsten territorialen, sozialen und ökologischen Spannungen – von Gewaltproblemen bis zu Folgen für die Umwelt aufgrund der Kontamination. Zudem sind für solche Projekte Verkehrswege erforderlich (wie z.B. das südamerikanische Straßenbau- und Wasserwege-Programm IIRSA), außerdem unterstützende Infrastrukturprojekte (etwa große Wasserkraftwerke an den Flüssen im Amazonasgebiet), die weitere Nachteile nach sich ziehen.

Innerhalb des neuen Extraktivismus wird die territoriale Fragmentierung in deterritorialisierten Gebieten also fortgesetzt und sogar noch verstärkt; es entsteht ein Geflecht von Enklaven und ihren Verbindungen zu den globalen Märkten, wodurch die territorialen Spannungen noch verstärkt werden.

Die Raumordnung des Neo-Extraktivismus passt sich an diese Projekte an. Ein Beispiel dafür ist die allmähliche Aufgabe von Agrarreformen unter der Regierung Lula da Silva, die durch die Eigentumsverteilung von Grundstücken außerhalb des Landbesitzes der Agrarindustrie ersetzt wurden, und die nur dort aufrecht erhalten werden, wo sie den Agrarbetrieben „nutzen“ (de Oliveira 2009).

Eigentum und Produktionsprozesse

Im alten Extraktivismus wurde um das Eigentum an den Ressourcen gestritten. Die früheren Regierungen gaben ihr Eigentum ab oder schufen Abtretungs- und Zugangsrechte für Ressourcen, etwa im Bergbau und der Erdölförderung, die in der Praxis einer Übereignung gleichkamen. Dies hatte eine starke Transnationalisierung der extraktiven Bereiche zur Folge, und eine immer geringere Bedeutung für staatliche Unternehmen.

Im Neo-Extraktivismus nimmt, wie bereits beschrieben, der Staat eine größere Rolle ein, weshalb die Kontrollen über den Zugang zu Ressourcen verstärkt werden. Fast immer wird darauf bestanden, dass diese sich in Staats-eigentum befinden. Gleichzeitig wurden Staatsbetriebe wieder ins Leben gerufen, wie im Fall der Stärkung des staatlichen Erdölunternehmens YPFB in Bolivien oder neu geschaffen. Es gibt mehr Vielfalt, es existieren, kooperative, gemischte und private Eigentumsformen.

Trotzdem streben die Staaten oder staatlichen Unternehmen wirtschaftlichen Erfolg an, und wiederholen daher unternehmerische Strategien, die auf Konkurrenzfähigkeit, Kostenreduktion und Rentabilitätssteigerung basieren. So ähnelt die Tätigkeit von Staatsbetrieben (wie PDVSA in Venezuela), gemischten Unternehmen (wie Petrobrás in Brasilien) oder Privatfirmen (wie Repsol YPF in Argentinien) immer mehr den bekannten Praktiken der alten transnationalen Unternehmen, wie Exxon oder BP.

Daher ist es besonders wichtig, sich einzugestehen, dass unter den progressiven Regierungen, abgesehen vom Eigentum an den Ressourcen, die Regeln und Funktionsweisen von Produktionsprozessen reproduziert werden, die nach Konkurrenzfähigkeit und Rentabilitätssteigerung nach klassischen Effizienzkriterien streben, wozu auch die Externalisierung von sozialen und ökologischen Folgen gehört. Selbst dort, wo die staatliche Präsenz verstärkt wird, wird diese dazu genutzt, mit Privatunternehmen Verträge über Zusammenschlüsse, Gesellschaften oder Joint Ventures abzuschließen. Das soziale und ökologische Auftreten der staatlichen Erdölunternehmen ist mangelhaft und sehr kritikwürdig; gute Beispiele dafür sind das Agieren von Petrobrás in den Andenländern oder der uruguayische staatliche Erdölbetrieb ANCAP.

Daraus ergeben sich weitreichende Schlussfolgerungen. Eine der wichtigsten ist, dass, neben der Debatte über das Eigentum an den Ressourcen und Produktionsmitteln, eine viel tiefer gehende Diskussion über Struktur und

Dynamik von Produktionsprozessen angestoßen werden muss, sowohl wenn diese durch den Staat als auch durch andere Akteure gesteuert werden. Die Produktionsprozesse sind folgenreich sowohl für die soziale und ökologische Situation als auch für die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Sozial-ökologische Folgen und zivilgesellschaftliche Konflikte

Die extraktivistischen Enklaven gerieten wegen ihrer weitreichenden sozialen und ökologischen Konsequenzen vielfach in die Kontroverse. Die negativen Auswirkungen reichen von der Verschärfung lokaler Ungleichheiten, über die Kontamination hin zum Verlust biologischer Vielfalt. Die in den letzten Jahren gesammelten empirischen Beweise sind vielfältig und überzeugend: Sie zeigen, dass die sozialen und ökologischen Auswirkungen üblicherweise externalisiert werden.

Eines der auffallendsten Probleme der neuen Regierungen ist, dass keine substantiellen Verbesserungen bei der Bekämpfung dieser negativen Effekte festzustellen sind; insbesondere bei der Umweltfrage könnte man behaupten, dass es in einigen Ländern Rückschritte gegeben hat. Die Auswirkungen bleiben also bestehen und haben sich in einigen Fällen sogar verschärft. Die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung und Verhinderung sind nach wie vor ineffektiv, gelegentlich werden sie sogar abgebaut oder behindert.

Doch es gibt auch aktuelle Beispiele für Widerstand wie etwa die Proteste gegen den Bergbau in Ecuador, die indigenen Proteste gegen Wasserkraft-, Straßenbau- und Bergbauprojekte in Bolivien oder die Bürgerversammlungen gegen die Minen an den argentinischen Andenhängen.

Die Debatte um die sozialen, ökologischen und territorialen Folgen wird unter den progressiven Regierungen noch unschärfer. So reden Morales oder Mujica die ökologischen Folgen immer wieder klein oder machen sich über Umweltschützer_innen lustig. Nicht selten werden deren Warnrufe als Reflexe einer alten bürgerlichen Schicht oder im Dienste oppositioneller politischer Interessen verortet. Selbst in Chávez' Venezuela wurde verkündet, der Staat Zulia sei ein Gebiet, das „für Bergbau und Erdöl geopfert“ (García-Gaudilla 2009) werde. Von einigen Regierungen werden Indigene und Bauern sogar bezichtigt, Entwicklung zu „verhindern“ (Bebbington 2009).

Das erklärt, warum die sozialen Proteste gegen den Extraktivismus in allen Ländern mit progressiven Regierungen weiter bestehen. Selbst in Staaten, die

angeblich Ruhe vor solchen Konflikten haben, wird bei aufmerksamer Betrachtung ein anderes Bild sichtbar. So stieg etwa in Brasilien während der ersten Amtszeit Lula da Silvas die Zahl der Landkonflikte signifikant an und befindet sich, trotz eines Rückgangs während seiner zweiten Amtszeit, weiterhin auf hohem Niveau (Bild 1). Dies ist zurückzuführen auf Faktoren wie schlechte Arbeitsbedingungen, Sklavenarbeit und Gewalt gegen Indigene, vor allem in der Amazonas-Region – oftmals in direkter Verbindung zum Neo-Extraktivismus. Die vorübergehende Verringerung der Konflikte wurde durch ökonomische Entschädigung, strafrechtliche Verfolgung der Proteste und Schwächung von Sozial- und Umweltbestimmungen erreicht.

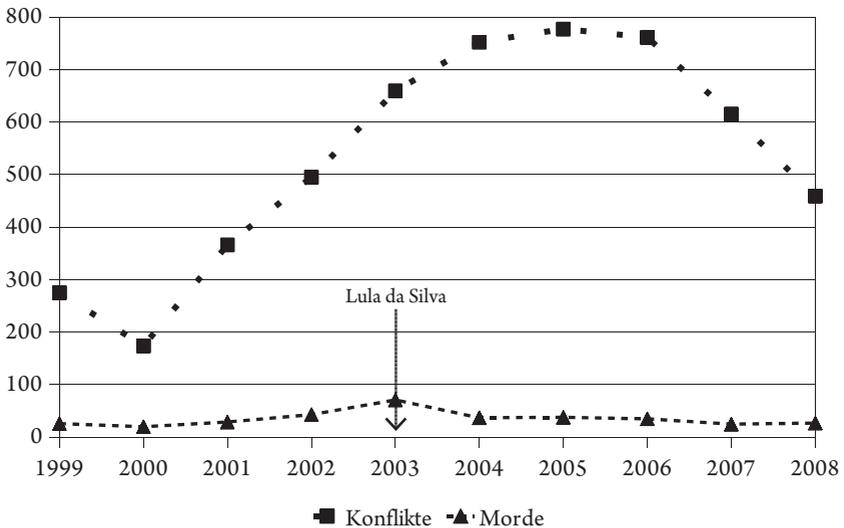


Bild 1. Auftreten von Konflikten und Morden im ländlichen Raum in Brasilien. Der Beginn der Amtszeit Lula da Silvas (1.1.2003) ist gekennzeichnet. Grafik des Autors auf Grundlage von Daten der Comissão Pastoral da Terra in Brasilien.

Überschüsse und politische Legitimation

Während des klassischen Extraktivismus waren die Steuern, Förderabgaben oder Konzessionsgebühren gering, und somit die Abschöpfung von Überschüssen durch den Staat eingeschränkt, man vertraute auf einen gewissen Verteilungseffekt. Im Neo-Extraktivismus ist bei einigen Regierungen ein

grundlegender Wandel zu beobachten: Der Staat schöpft viel aktiver Überschüsse ab. Das zeigt sich in ganz verschiedenen Maßnahmen, etwa an den teilweise deutlich höheren Förderabgaben, einer höheren Besteuerung oder gar der direkten Rohstoffförderung durch Staatsbetriebe.

Dies ist vermutlich eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zum alten Extraktivismus, insbesondere in Bolivien, Ecuador und Venezuela. Seine Konsequenzen gehen weit über den Wirtschaftsbereich hinaus, da mindestens zwei Aspekte berührt werden: Einerseits wird die aktivere Rolle des Staats deutlich, die den Regierungen mehr Möglichkeiten und Instrumente bietet, einen Teil des durch die extraktiven Industrien generierten Reichtums abzuschöpfen. Andererseits nutzen die progressiven Regierungen diese Einkünfte für verschiedene Zwecke, von denen die Finanzierung von Sozialprogrammen heraussticht, die oftmals den ärmsten Bevölkerungsschichten zugute kommen (wie *Bolsa Familia* in Brasilien, *Juancito Pinto* in Bolivien oder das *Programa Familias* in Argentinien). Dadurch entsteht eine ganz besondere Situation: Fördertätigkeiten im Bergbau oder der Erdölindustrie werden mit der Finanzierung von staatlichen Fürsorgeleistungen verknüpft. Teilweise geschieht das direkt, wie bei der Direktsteuer auf Kohlenwasserstoffe IDH in Brasilien, in anderen Fällen vermittelt durch die staatlichen Institutionen der sozialen Fürsorge.

Es gibt also eine besondere Verbindung, bei der der Staat die aus dem Extraktivismus stammenden Überschüsse abzuschöpfen sucht und einen Teil davon für Sozialprogramme verwendet. Dadurch wird soziale Legitimität erreicht, die wiederum dazu benutzt werden kann, extraktive Tätigkeiten zu rechtfertigen. In anderen Worten: Obwohl man sagen könnte, dass diese Regierungen sich von der klassischen Linken durch ihre Unterstützung des konventionellen Extraktivismus entfernen, kehren sie durch die Sozialprogramme zu ihr zurück und können sich als progressiv ausweisen. Die sozialen Maßnahmen erfordern jedoch eine steigende Finanzierung, weshalb die betreffenden Regierungen wiederum vom Extraktivismus abhängig sind, um finanzielle Ressourcen abzuschöpfen zu können.

Durch die Sozialprogramme, die Beteiligung des Staats und andere Maßnahmen gelingt es den Regierungen, ihre Wählerbasis zu behalten; gleichzeitig werden lokale gesellschaftliche Forderungen abgeschwächt. Beispielsweise lässt sich in Brasilien beobachten, dass, obwohl die Regierung Lula die Agrarreform

nicht weiter vorantrieb und kein Land mehr an Siedler_innen und Landlose vergab, die Anzahl der in sozialen und Landlosenbewegungen organisierten Menschen abnahm. Dieser „Rückgang der Massenbewegungen und der Fluss von Regierungsgeldern in kompensatorische Maßnahmen (Hilfspakete aller Art) beschwichtigt Jene, die in den letzten 30 Jahren vehement für die Agrarreform gekämpft haben. Alles deutet darauf hin, dass sich die beiden Prozesse bedingen“ (de Oliveira 2009).

In Bolivien und Ecuador geschieht etwas Ähnliches: Hier bildet ein Gutscheinsystem ein wichtiges Instrument zur Armutsreduktion (was gut ist), es wird allerdings auch dazu benutzt, den Extraktivismus zu verteidigen und zivilgesellschaftliche Warnrufe und Proteste zurückzuweisen (was schlecht ist). Der Stellenwert der finanziellen Kompensation hat dermaßen zugenommen, dass in einigen Gebieten gar nicht mehr über die Durchführbarkeit eines Projekts diskutiert wird, sondern nur noch über die Höhe der Entschädigungszahlung. Durch die Unternehmen wird dieser Prozess noch verstärkt, indem sie staatliche Aufgaben ersetzen und selbst Schulen oder Gesundheitsstationen finanzieren.

Die durch den Extraktivismus finanzierten Kompensationsmaßnahmen verschaffen den progressiven Regierungen so eine soziale Legitimation und erschweren die Diskussion über extraktivistische Projekte. Wer den Extraktivismus in Frage stellt, sei gegen den nationalen Fortschritt und könnte sogar die Finanzierung der Sozialprogramme gefährden, so die Argumentation.

Neo-Extraktivismus, Armut und Entwicklung

Zunächst soll hier daran erinnert werden, dass unter früheren Regierungen die progressiven und linken Kräfte kritisierten, der Extraktivismus trage zur Entstehung von Armut bei; Enklavenökonomien wurden als etwas Negatives betrachtet, weshalb nach Alternativen dazu gesucht wurde. Durch die progressiven Regierungen wird jedoch allmählich ein neuer Diskurs verankert, in dem der Extraktivismus nun als notwendig für die Bekämpfung der Armut dargestellt wird. Es ist zu einer Umkehrung der früheren Position gekommen: Was ehemals Widerspruch hervorrief, wird heute als etwas Positives angesehen, das notwendig für die Entwicklung sei.

Es wird verkündet, am Ende werde die Bilanz schon positiv sein. Gelegentlich wird sogar eingeräumt, es könne negative soziale und ökologische Auswir-

kungen geben, doch sofort wird dagegen gehalten, diese seien handhab- und ausgleichbar oder müssten letztlich akzeptiert werden, angesichts des Gesamtnutzens für das ganze Land. Gleichzeitig werden die Lagerstätten von Erzen und Erdöl sowie die Fruchtbarkeit der Böden als Reichtümer betrachtet, die nicht „verschwendet“ werden dürften. Es entsteht ein Bild von Notwendigkeit und Dringlichkeit.

Ein gutes Beispiel für diese Verteidigungshaltung lieferte Präsident Correa in Ecuador. „Wir werden von dem Bergbaugesetz nicht abrücken, weil die verantwortungsvolle Entwicklung des Bergbaus für den Fortschritt des Landes grundlegend ist. Wir können nicht wie Bettler auf einem Sack voller Gold sitzen“, äußerte er am 15. Januar 2009. So stellen die progressiven Regierungen das aktuelle Entwicklungsmodell als unabdingbar, wenngleich verbesserungs- und anpassungsfähig, dar; die Reichtümer dürften nicht vergeudet werden. Und sie gehen noch einen Schritt weiter: Sie präsentieren sich selbst so, als ob nur sie diese Aufgabe effizient gestalten und eine angemessene Verteilung des dadurch generierten Wohlstands sichern könnten.

Es lässt sich also eine grundlegende Veränderung beobachten: Der Extraktivismus wird heute als wichtiger Motor für das Wirtschaftswachstum betrachtet und als entscheidender Beitrag im nationalen Kampf gegen die Armut. Man geht davon aus, ein Teil dieses Wachstums komme der übrigen Gesellschaft zugute, gleichzeitig gebe es nun einen aktiveren Staat, der diesen Effekt in Gang bringen, verwalten und steuern müsse.

Problematisch an dieser Position ist unter anderem, dass die reduktionistische Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung unhinterfragt bleibt, und folglich – zumindest bis heute – auch keine alternativen Vorstellungen von Entwicklung entstehen. Obwohl die Debatten über das „gute Leben“ in Bolivien und Ecuador dieses Potential besitzen, scheinen die Regierungen und andere gesellschaftliche Akteure dazu einen eher instrumentellen Bezug zu haben. Im Fall Boliviens ist die Situation sogar noch angespannter, da einige Artikel der neuen Verfassung überraschenderweise die „Industrialisierung“ der natürlichen Ressourcen als staatliches Ziel benennen.

Das führt dazu, dass der Extraktivismus als Teil der durch die progressiven Regierungen ermöglichten Entwicklung angesehen und sogar als notwendig und dringlich wahrgenommen wird. Viele der alten Tricks der Bergbau- und Erdölunternehmen, die vor Jahren „Fortschritt“, „Arbeit“ und „Wohlstand“ für

das Land und die lokalen Gemeinschaften verhiessen, erscheinen heute in neuem Gewand, in neuer Gewichtung und mit größerer staatlicher Beteiligung. Auch hier lässt sich das Beispiel Brasilien anführen: Die Bergbauunternehmen profitieren von der „Kameraderie und Unterwürfigkeit des Staats und den prekären Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Gemeinden, wo sie tätig werden“ und greifen den Diskurs über die „Ankunft von Entwicklung und Fortschritt“ auf. Dank der Hilfe lokaler und regionaler Politiker_innen bekommen sie günstige Bedingungen für ihre Ansiedlung und Tätigkeit, so die Comissão Pastoral da Terra in Brasilien (Reis Pereira et al. 2009).

Diese und andere Beispiele verdeutlichen, dass der Neo-Extraktivismus die Entwicklungsdiskurse rekonfiguriert: Die lokalen Gemeinschaften sollen die Lasten der Auswirkungen als Opfer für angeblich nationale Ziele akzeptieren. Im Gegenzug wird ihnen eine Reihe an Kompensationsmaßnahmen angeboten, von klassischen Programmen der sozialen Fürsorge bis hin zur „Teilhabe“ an den Unternehmen.

Diese Angebote sind stark ausdifferenziert, weswegen es den Befürworter_innen des Extraktivismus leicht fällt, Kritik als gegen die nationale Entwicklung oder den Fortschritt gerichtet darzustellen, sie als infantil und verträumt oder sogar als gefährlich zu bezeichnen. Solche Begriffe wurden bereits von Correa, Morales und Lula da Silva angeführt. So kritisierte Präsident Morales beispielsweise im Juli 2009 gegen Erdöl- und Bergbaubetriebe protestierende Indigenen- und Bauernorganisationen, indem er fragte: „Wovon soll Bolivien denn leben, wenn einige NGOs keine Erdölförderung im Amazonasgebiet wollen?“ (Econoticias Bolivia: 14. Juli 2009).

Neo-Extraktivismus als Fortschrittsglaube

Die Argumentation dieses Beitrags legt den Schluss nahe, dass der Neo-Extraktivismus zum Bestandteil einer aktuellen südamerikanischen Version des Strukturalismus geworden ist. Dieses neue Phänomen trägt verschiedene Bezeichnungen, etwa „neuer Strukturalismus“ in Brasilien oder „nationale populäre Entwicklung“ in Argentinien; einige seiner Merkmale werden sogar von Unterstützer_innen des sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts befürwortet (siehe auch Gudynas 2011a).

Es ist klar, dass angesichts der aktuellen Erfahrungen auf anderen Kontinenten, vor allem in Europa, die Situation in Südamerika (Ablehnung von

Marktanpassungen, Ende der IWF-Abhängigkeit, Initiierung eines neuen Strukturalismus mit staatlicher Präsenz) viele Sympathisant_innen hat und eine Vorbildwirkung einnimmt. Doch auch wenn diese positiven Aspekte anerkannt werden müssen, sollten ebenso die schwerwiegenden Widersprüche und Spannungen zur Kenntnis genommen werden, die in diesem Beitrag zum Ausdruck gekommen sind.

Tatsächlich wird durch die Darstellung des neuen Extraktivismus als Entwicklungsmotor deutlich, dass die progressiven Ansätze Südamerikas sich erneut auf die klassischen Fortschrittskonzepte stützen. Die Grundpfeiler der Moderne bleiben bestehen, obwohl sie anders benutzt werden. Es herrscht immer noch der Glaube an ein wirtschaftliches Wachstum, vermittelt durch Wissenschaft und Technik und gespeist aus den Reichtümern der Natur Südamerikas.

Die Neue Linke hat diese Ideen übernommen und betrachtet den Kontinent als Füllhorn natürlicher Ressourcen, die man auszubeuten habe – so bald wie möglich und mit aller Kraft. Die Regierungsinke hat das Konzept vor dem Hintergrund verschiedener Erfahrungen rekonfiguriert: Dazu gehören die Vorgeschichte ihrer eigenen politischen Kämpfe, die Folgen des Zusammenbruchs des Realsozialismus, die Forderungen der unteren Bevölkerungsschichten und der indigenen Völker sowie die Nachwirkungen neoliberaler Reformen. Man kann sozusagen von einer neuen Mischung sprechen, die sowohl alte als auch neue Zutaten enthält. Dadurch erklärt sich, warum der alte und der neue Extraktivismus bestimmte Gemeinsamkeiten besitzen, die Gewichtungen sich jedoch verschoben haben, gleichzeitig beide aber auch bestimmte Eigenheiten aufweisen. Auch einige Übereinstimmungen des Extraktivismus von so unterschiedlichen Regierungen wie der von Rafael Correa in Ecuador und der von Alan García in Peru werden dadurch klarer.

Die südamerikanische Linke sagt sich nicht von dem klassischen Hang zu ökonomischem Wachstum auf der Grundlage der Aneignung der natürlichen Ressourcen los. In ihrer neuen Programmatik nimmt der Extraktivismus eine wichtige Rolle ein. Er wird nicht abgelehnt, sondern soll noch intensiviert werden, damit er als einer der Motoren für das Wirtschaftswachstum, ja für die finanzielle Absicherung des Staates, funktionieren kann – auch wenn er einer Lenkung bedarf. Während der alte Extraktivismus mit dem Ungleichgewicht der Tauschbedingungen zu kämpfen hatte, wird im Neo-Extraktivismus da-

von ausgegangen, die hohen Weltmarktpreise seien eine Gelegenheit, die man nicht verpassen dürfe.

Das erklärt die Ablehnung und Ignoranz der progressiven Regierungen gegenüber den Argumenten von Indigenen und Umweltschützer_innen.

Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wird nicht in Frage gestellt, nur ihre Kontrolle durch die Privaten oder das Ausland. Sobald die Regierungen jedoch die staatliche Kontrolle der Ressourcen übernehmen, reproduzieren sie dieselben Produktionsprozesse, wollen ihre Profite maximieren, treten in ganz ähnliche Machtbeziehungen ein und verursachen dieselben sozialen und ökologischen Probleme.

Einige vorläufige Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag wurden verschiedene Gedanken und Argumente dargelegt, die das Fortbestehen des Extraktivismus in Südamerika zu erklären suchen. Die zentrale Auffassung ist, dass dieser nicht mehr mit jenem früherer Jahrzehnte identisch ist, sondern dass unter den progressiven Regierungen ein neuer Extraktivismus entstanden ist. Bei dessen Beschreibung lassen sich alte und neue Bestandteile ausmachen, er stellt jedoch ein neues Phänomen dar, mit neuen Merkmalen, wie einer stärkeren Rolle des Staates sowie neuen Quellen sozialer und politischer Legitimation.

Die Erkenntnis über die eigene Identität des progressiven Extraktivismus-Modells bedarf einer genauen und umsichtigen Betrachtung. Es ist wichtig, zu verstehen, dass der Neo-Extraktivismus keine neoliberale Strategie ist, die denen früherer Jahrzehnte ähnelt. Genauso wenig darf er jedoch als vielversprechende Alternative interpretiert werden, die automatisch zu einer Verbesserung der Lebensqualität und zivilgesellschaftlicher Unabhängigkeit führt. Es ist offensichtlich, dass die Politik der aktuellen progressiven Regierungen in vielen Fällen substantielle Verbesserungen im Vergleich zu den konservativen Regierungen mit sich bringt. Es zeigen sich jedoch weiterhin Einschränkungen, Widerstände und Brüche, weshalb die heutige südamerikanische Linke nicht an den alten Maßstäben gemessen werden kann.

Die Auswirkungen des Neo-Extraktivismus nicht in den Blick zu nehmen oder Erkenntnisse aus Gründen der Parteilichkeit unter den Teppich zu kehren, ist ein Irrweg, vor allem in akademischen Zusammenhängen und innerhalb der sozialen Bewegungen. Die Verschwommenheit der Situation auszunutzen,

um auf hinterhältige Weise jedwede Handlung der regierenden Linken abzulehnen, ist ebenfalls verfehlt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Neo-Extraktivismus eines der größten Spannungsfelder bei der Schaffung von Alternativen zum bestehenden Entwicklungsmodell und in besonderem Maße auch für die Erneuerung der Linken darstellt (Gudynas 2011b). In mehreren Staaten stößt das Beharren auf Bergbau- und Erdölprojekten schon jetzt auf starken gesellschaftlichen Widerstand, da die negativen sozialen und ökologischen Folgen spürbar sind. Der wirtschaftliche Erfolg dieses Weges ist zudem stark von globalen Bedingungen abhängig, vor allem vom Rohstoffhunger Asiens. Überdies darf sich der Gerechtigkeitsbegriff nicht nur auf monatliche Zahlungen an die Ärmsten beschränken – auch die Forderungen von Indigenen und Umweltschützer_innen müssen gehört werden. Aus all diesen Gründen ist es notwendig, die Grundfragen von Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit zu überdenken, und davon ausgehend auch die Beziehungen zu den sozialen Bewegungen. Angesichts der Herausforderungen der Entwicklung wird diese Auseinandersetzung in Südamerika immer drängender.

Literatur

Bebbington, A. (2009): „The new extraction: rewriting the political ecology of the Andes?“; In: *NACLA Report on the Americas*, 42(5), S. 12-20.

CEPAL (2010): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*, 2010; Santiago de Chile: CEPAL.

de Oliveira, A.U. (2009): *O governo Lula assumiu a contra reforma agrária: a violência do agrobandidismo continua*; Comissão Pastoral da Terra, Secretaria Nacional (www.cptnac.com.br).

Dos Reis Pereira, A.; J.B. Gonçalves Afonso & R. Gomes Cruz Neto [Hg.] (2009): *A exploração minerária e suas conseqüências na Amazônia brasileira. Conflitos no Campo Brasil*; Comissão Pastoral da Terra, Secretaria Nacional.

García-Gaudilla, M.P. (2009): „Ecosocialismo del siglo XXI y modelo de

desarrollo bolivariano: los mitos de la sustentabilidad ambiental y de la democracia participativa en Venezuela“; In: *Revista Venezolana Economía y Ciencias Sociales*, 15(1), S. 187-223.

Gudynas, E. (2011a): „Die Linke und die Ausbeutung der Natur“; In: *Luxemburg*, 2011, Nr. 1, S. 114-123.

Gudynas, E. (2011b): „Die Grenzen des Fortschritts und die Erneuerung der progressiven Bewegungen. Linke und Politische Ökologie in Südamerika“; In: *Emanzipation*, 1 (1), S. 34-50.

Gutman, N. (2007): „La conquista del Lejano Oeste“; In: *Le Monde Diplomatique*, Buenos Aires, 8(95), S. 12-14.

IBRAM (2009): *Informações e análises da economia mineral brasileira*; Brasília: IBRAM.

USGS (2008): *2006 Minerals Yearbook. Latin America and Canada*; US Geological Service, US Department of the Interior.

Anmerkung

Der Beitrag wurde aus dem Spanischen übersetzt.

In/En:

Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika.

FDCL e.V. (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika) & Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2012.